№ 128. Sonntag den 4. Juni 1848



Zei-tung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: C. Hensel.

Inland.

Berlin, den 2. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Provinzial-Steuer-Secretair **Henniges** in Breslau den Dienst-Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Königl. Sächsische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Freiherr **von Beust**, ist von Dresden hier angekommen.

Posen, den 2. Juni. Von den Regierungen Frankreichs, Englands und Preußens hoffen die Polen nichts mehr, die Regierungen sind aber jetzt in diesen drei Ländern gleichbedeutend mit den Völkern, folglich ist das früherhin wirksame Mittel, von den diplomatischen Absichten der Regierungen an die Sympathieen der Völker zu appelliren, nicht mehr an der Zeit. Aber in **Frankfurt** besteht noch ein Unterschied zwischen den Regierungen, welche die Bundesversammlung, und den deutschen Staaten, deren Vertreter die konstituirende National-Versammlung bilden; also in Frankfurt blühen den Polen noch Hoffnungen, und deshalb strömen dorthin jetzt aus unserer Provinz alle Politiker, die noch vor wenigen Wochen in Breslau, Wien, Berlin und Paris durch Aufhetzung, durch lügenhafte Plakate, durch Bestechung gesinnungsloser Zeitungsredaktionen, durch Verbindung mit allen, die an diesen Orten nichts auferbauen, sondern auch die letzten Stützen der gesetzlichen Ordnung umstürzen wollten, den bewaffneten Aufstand, der im Posenschen ein so klägliches Ende genommen hatte, als das letzte Mittel zur Rettung der „heiligen" polnischen Sache in Bewegung gesetzt und ihren Zweck wieder gänzlich verfehlt haben. Werden sie in Frankfurt mehr Glück haben? Ort und Zeit, das muß man ihnen lassen, haben sie geschickt gewählt, denn in Frankfurt haben sie es nicht mit dem Egoismus der Franzosen, nicht mit der Verstandeskälte der Engländer, nicht mit der Zähigkeit der preußischen Bureaukraten zu thun, dort können sie bei Hunderten von deutschen Idealisten Glück machen, die in ihrer Begeisterung für Deutschlands Einheit und Größe jeder nüchternen politischen Erwägung unzugänglich, in ihren erhabenen Begriffen von der Gerechtigkeit, die Deutschland den Polen schuldig sei, die doch gewiß näher liegende Gerechtigkeit Deutschlands gegen die Deutschen im Großherzogthum noch nicht aufgenommen haben; dort haben unsere Politiker geneigtes Gehör besonders bei **denjenigen** Nord- und Süddeutschen zu hoffen, die aus Gereiztheit gegen Preußen Partei für Polen ergreifen, dort endlich sind Arbeiterunruhen für einiges Geld leicht zu haben und wegen der Leichtigkeit des Entkommens über die Grenze für die Anstifter weniger gefährlich. Dorthin hat auch **Joachim Lelewel**, wie die kölnische Zeit. berichtet, mit einem Briefe vom 4. Mai von Brüssel aus an die National-Versammlung sich gewandt. „Polens Restauration," heißt es darin, „habe man mit seiner Zerreißung begonnen; man rufe die Polen zu den Waffen und vertilge sie. Seit das Volk von Berlin und die brüderliche Gesinnung Deutschlands die Polen aufgerufen hat, die Waffen zur Wiedereroberung ihrer Unabhängigkeit zu ergreifen, handelt es sich nicht mehr um ein **Großherzogthum**, nicht mehr um die Garantie desselben durch einen Vertrag, welcher die Räuberei autorisirt; nein, es handelt sich um **Polen**, welchem das alte „Großpolen (d. h. eben unser Großherzogthum) „zum Kern dienen müßte, um ganz Polen wieder herzustellen. Polens nationaler Geist ist nicht auf den Canton (!) Gnesen beschränkt." Vor 8 Wochen hätte ein Brief dieses Inhalts, an den Fünfzigerausschuß gerichtet, uns mit Besorgniß erfüllt, denn damals fanden solche den Franzosen abgeborgte Phrasen außerhalb der Grenzen unserer Provinz noch Anklang; jetzt werden sie wirkungslos verhallen, und wie sie bereits in Paris wieder nur offizielle Ablehnung, in England eine Kritik, die alle idealistischen und renommistischen Schwindeleien in ihrer ganzen Nichtigkeit schonungslos aufdeckt, in Berlin den schlagendsten Volkswitz hervorgerufen haben, so werden sie auch in Fraukfurt auf den gesunden, patriotischen, auf die höchsten und dringendsten Interessen des gemeinsamen Vaterlandes gerichteten Sinn der weitüberwiegenden Majorität im günstigsten Falle nur **vorübergehenden** Einfluß erlangen. Dafür bürgt einmal der unbestreitbare Satz, daß jedes politisch reife Volk erst die eigenen Angelegenheiten ordnet, erst den dringenden Forderungen seines nationalen Egoismus zu genügen sucht, bevor es auf solche Beziehungen zum Auslande, die ein unmittelbares praktisches Interesse nicht darbieten, sich einläßt. Eine Frage aber von keineswegs überzeugender Dringlichkeit für das deutsche Volk ist die polnische. **Lamartine** hat ziemlich unumwunden die Betheiligung Frankreichs an dieser Frage abgelehnt, und sie an Deutschland verwiesen: das nennen die Polen einen in materielle Bestrebungen versunkenen Egoismus, wir erkennen darin das Urtheil eines Staatsmannes, der die Wohlfahrt seines Volkes dem Kampfe für die Wiederherstellung eines fremden, auf die Theilnahme Frankreichs immerhin seit einem Jahrhundert angewiesenen Volkes nicht opfern will, und nehmen nach Frankreichs Vorgang auch für Deutschland das Recht des nationalen Egoismus in Anspruch, erst die allgemein deutschen Angelegenheiten zu ordnen, erst seine innern Kämpfe, deren Ziel eine starke einheitliche Reichsmacht ist, abzuthun, bevor es, ob allein, ob im Bunde mit den westlichen Großmächten, an die Lösung der polnischen Frage geht, über deren Ausgangspunkt der nüchterne Verstand, den wir unseren deutschen Staatsmännern wünschen, noch nicht so im Klaren ist, wie die Weisheit der polnischen, über die schwierigsten Bedenken stürmisch und prahlerisch hinwegsetzenden Politiker zu sein sich einbildet. Dafür bürgt uns ferner außer dem Vertrauen, welches sich auf die wahrhaft patriotische Haltung des Frankfurter Parlaments in den letzten Sitzungen stützt, die Macht der **deutschen Presse**. Welche Zeitungen schwärmen und faseln in leitenden Artikeln jetzt noch für die polnische Sache, oder öffnen ihre Spalten den Lügen, Verdrehungen und Aufschneidereien polnischer Berichte über die Ereignisse, über die Bestrebuugen der beiden Nationalitäten in unserer Provinz? Nur die farb- und gesinnungslosen, nur die polnischem Gelde feilen, nur die in der öffentlichen Meinung gerichteten! Wer sind die Verfasser der zahllosen Schandschriften und Plakate, welche in Breslau uno Berlin die entschlafenen Sympathieen für die heilige Sache Polens aufzustacheln bestimmt sind? Die Sendboten des inzwischen schon untergegangenen Berliner politischen Clubs, die sich nicht entblödeten, in der hiesigen deutschen Volksversammlung den Krieg für die Polen gegen Rußland lediglich merkantilen Vortheilen zulieb zu fordern, und die Polen als „Kanonenfutter" gegen die Russen zu bezeichnen; feige Renegaten sind es, die von der evangelischen Kirche nicht zum **katholischen**, nein zum **ultramontanen** Glauben übergelaufen sind, und mit vollendetem Jesuitismus die deutschnationale Sache mit dem Gifte der Verleumdung begeifern, verzweifelte Literaten, die für Geld und gute Worte der Lüge dienen und ihr Vaterland verrathen. Welche Zeitungen, fragen wir weiter, haben sich gegen die maßlosen Ansprüche der Polen, gegen die alten Anklagen, gegen die alten Reden von unserer Schutzwehr gegen Osten, die ein neu erstandenes Polen uns bieten würde, gegen die von Polen und Deutschen bis zum Ekel wiederholte Phrase, die Polenfrage sei eine Lebensfrage für Deutschlands Sicherheit gegen den Asiatismus, offen und nachdrücklich aufgelehnt, und beurtheilen die Verhältnisse unserer Provinz aus deutsch-patriotischem Gesichtspunkte? Gerade alle diejenigen, die noch im Anfange der neuesten Insurrektion den Krieg gegen Rußland als eine Sache der Gerechtigkeit auf das heftigste forderten, und in den deutschen Jubel über Polens zunächst in den Hoffnungen und Wünschen aller Deutschen vollbrachte Wiedergeburt am kräftigsten und nachhaltigsten einstimmten. Alle diese Blätter, vor allen die deutsche (Gervinussche) haben schon längst erkannt und offen bekannt, in ihrer Parteinahme für die polnische Sache zu weit gegangen zu sein, ihr gegenüber einen abstrakten Standpunkt eingenommen zu haben, sie alle stimmen mit uns in dem Urtheile überein, daß die Insurrektion in unserer Provinz ein Akt politischen Wahnsinns gewesen, und daß die Polen **vernünftigerweise** die nationale und politische Reorganisation, welche unsere Regierung ihnen in der Hälfte des Großherzogthums schon zugesagt hat, und welche in Krakau und Galizien ihnen gewiß nicht versagt werden kann, annehmen müssen. Zwar hat **Lelewel** in dem vorerwähnten Briefe die Drohung angedeutet, man werde Polen zwingen, sich unter seinen drei Unterdrückern in die Arme des Meistbietenden zu werfen; doch solche Drohungen gehören einer Zeitkrankheit, der moralischen und politischen Verworrenheit an, welche in dem übermächtigen Einfluß der neuesten Weltereignisse keine befriedigende Rechtfertigung, wohl aber eine genügende Erklärung findet.

✻ **Posen**, den 3. Juni. Es ist bekannt, daß die Wahl des Posener Abgeordneten Gegenstand harter Anfeindung von Seiten der äußersten Linken in der National-Versammlung war. Herrn Grafen **Reichenbach** war die „Mittheilung" zugegangen: „St. Martin, ausschließlich von Polen bewohnt, und einen zusammenhängenden Bezirk bildend, sei in sieben Theile zerschlagen, und den Bezirken der Stadt zugetheilt worden." Versteht sich, erklärte der Herr Graf dies aus „vorgekommenen Machinationen", und wollte die Richtigkeit der angegebenen Vertheilung aus einer ihm zugekommenen Karte beweisen, die „in Polnischer Sprache" abgefaßt sei, und die er darum naiv genug nicht zu verstehen erklärte. Diese St. Martins Angelegenheit gab dann zu sehr weitläufigen, der Linken sehr gelegenen Interpellationen Anlaß, leider aber fandeu sich auch diesmal in der Versammlung Personen, die den Sachgehalt kannten, und die Abgeordneten **Schulz** und **Harrassowitz** schlugen die an die Debatten geknüpten Tiraden des Herrn **Jung** mit Thatsachen.

Der hiesige konstitutionelle Klubb, als Veranstalter der damaligen Vorwahlen,

fand es indeß angemessen, eine amtliche Widerlegung der gemachten Vorwürfe in Betreff der Abgrenzungen der Bezirke zu erlangen. Sie wurde vom hiesigen Magistrat in dem nachfolgenden Schreiben gewährt, und wird nachträglich alle diejenigen über den Sachgehalt aufklären, die Aufklärungen anzunehmen irgend geeignet sind. Ob die Herren Jung, Reichenbach u. s. w. zu diesen gehören, muß freilich in Frage gestellt bleiben.

Auf das Schreiben vom 30. d. M. benachrichtigen wir Einen verehrlichen constitutionellen Klubb ergebenst, daß bei Eintheilung der Stadt in Wahlbezirke nach den Gesetzen vom 8. und 11. April c., welche von unserm Dirigenten entworfen und von uns genehmigt worden ist, im Wesentlichen die bestehende Eintheilung der Stadt in 20 Bezirks-Vorsteher-Reviere zu Grunde gelegt worden ist. Indeß hat die Rücksicht, welche nach §. 2. des Wahlgesetzes auf die Einwohnerzahl der einzelnen Reviere zu nehmen war, nicht gestattet, diese Eintheilung rein beizubehalten, und was die Vorstadt St. Martin betrifft, so war es aus der angegebenen Rücksicht nothwendig, einige Modificationen eintreten zu lassen

Der I. Wahlbezirk ist ganz das erste Bezirks-Vorsteher-Revier und es ist blos der Theil der Ritterstraße zwischen der Berliner- und der St. Martinsstraße davon ausgeschieden und dem 8. Wahlbezirk einverleibt worden.

Der II. Wahlbezirk ist ganz das zweite Bezirks-Vorsteher-Revier, und es ist blos ein Theil der langen Straße (3 Besitzungen) dem dritten Wahlbezirk zugeschlagen worden.

Der III. Wahlbezirk ist ganz das dritte Bezirks-Vorsteher-Revier, nur sind demselben einverleibt worden 3 Besitzungen in der langen Straße (cfr. 2. Bezirk) und ein Theil der Schützenstraße (bis zur Ecke am Gymnasium), welcher zum 4. Bezirks-Vorsteher-Revier gehört.

Der VIII. Wahlbezirk sind lediglich die combinirten Bezirks-Vorsteher-Reviere No. VIII. und IX, welchen ein Theil der Ritterstraße (cfr. I. Bezirk) zugeschlagen worden ist.

Der IX. Wahlbezirk sind lediglich die combinirten Bezirks-Vorsteher-Reviere des X. und XI.

Die Vorstadt St. Martin umfaßt folgende Straßen und Plätze:

Windmühlen vor dem Berliner Thore, Wallstraße, Gartenstraße (fast ganz), einen Theil der langen Straße, die St. Martinsstraße, kleine Ritterstraße, Bäckerstraße, hohe Gasse, Bergstraße, Berlinerstraße, Wilhelmsstraße (mit Ausnahme von 3 Grundstücken), in der neuen Straße den Bazar, Wilhelmsplatz, Lindenstraße, Friedrichsstraße, 2 Grundstücke am Sapiehaplatz, Ritterstraße, Mühlenstraße, Neustädtschermarkt, Königsstraße.

Dieser sehr weitläufige Stadtbezirk wird gewöhnlich mit der St. Martinsstraße verwechselt, während diese Straße den kleinsten Theil desselben bildet. Diese Straße selbst ist nur zweien Wahlbezirken zugetheilt worden, und dies mußte geschehen, weil das südlich derselben belegene Terrain allein nicht füglich einen Wahlbezirk hätte bilden können und daher an die St. Martins-Straße heranzuziehen war.

Wir fügen einen Grundriß der Stadt Posen, in welchem die Wahlbezirke möglichst genau colorirt eingetragen sind, zur Einsicht bei und bemerken schließlich, daß wir das Bevölkerungs-Verhältniß zwischen Deutschen und Polen in der Vorstadt St. Martin nicht angeben können, da uns hierüber keine amtliche Kenntniß beiwohnt. Posen, den 31. Mai 1848.

Der Magistrat.
Naumann. Guderian. Dähne.

Handwerker-Verein zu Posen. Am 1. d. M. versammelte sich ein Ausschuß des hiesigen Handwerker-Vereines, bestehend aus 20 Mitgliedern der verschiedenen Gewerke, der in Berathung zog, auf welche Weise Vorschüsse aus der Darlehns-Kasse, die mit dem 2. d. M. eröffnet worden ist, den hiesigen Gewerbetreibenden am zweckmäßigsten zu gute kommen könnten. Die mit Ruhe und Würde gehaltene Besprechung führte zu dem Ergebniß, daß jene Darlehne zu 6%, in Summen von 100 Rtlr., gegen Pfand mehr dem Handels- als dem Gewerbe-Stande aufhelfen würden. Der Hauptübelstand für den kleineren Handwerker liegt hauptsächlich in dem gänzlichen Mangel an Beschäftigung. Denn die eherne Nothwendigkeit weist überall auf die größtmögliche Einschränkung hin. Die öffentlichen und größeren Privat-Institute lassen zwar noch bedeutendere Arbeiten, aber nicht von hiesigen Gewerbetreibenden, sondern von Leuten, die besonders zu diesem Zwecke angenommen sind, fertigen; freilich werden jene Arbeiten auf diese Weise billiger gestellt, weil diese größtentheils unverheiratheten Gewerbetreibenden nur sehr unbedeutend zu den Staats- und Kommunal-Lasten beisteuern. Man faßte daher den Beschluß, eine Deputation an die Herrn Ober-Präsidenten von Beurmann und Königlichen Reorganisations-Kommissarius v. Pfuel sofort abzusenden, welche die schriftlich aufgesetzten Anträge mündlich des kräftigsten unterstützen sollten. Beide Herren haben auf das freundlichste ihre eifrige Mitwirkung zugesagt. Die gestellten Anträge sind folgende: 1, die Staatsinstitute, Fortifikation, Militair-Kommissionen rc., mögen veranlaßt werden, ihre Arbeiter, für deren anderweitige Unterbringung bei hiesigen Handwerkern, wenn sie nicht zu den mobilgemachten Truppentheilen gehören, vorzugsweise gesorgt werden solle, zu entlassen und ihre Arbeiten bei hiesigen Gewerbetreibenden fertigen zu lassen; 2, Privatinstitute, die näher bezeichnet wurden, mögen ersucht werden, zu gemeinem Besten in dieser Zeit der allgemeinen Noth ein Opfer zu bringen, daher wenigstens theilweise Bestellungen für ihren Bedarf bei hiesigen Handwerkern zu machen; 3, die für öffentliche Institute voraussichtlich in nächster Zukunft erst nothwendig werdenden Arbeiten jetzt gleich in Angriff nehmen zu lassen; und 4, denjenigen Gewerbetreibenden, welche vertrauenerweckende Kontrakte vorzeigen können, auf dieselben gegen hypothekarische oder anderweitig zu stellende Bürgschaft aus der Darlehns-Kasse Vorschüsse bewilligen zu wollen.

Um von Seiten der Gewerbetreibenden aber auch dem Vertrauen der Arbeitgeber genügend zu entsprechen, könnte eine Kommission von Sachverständigen erwählt werden, deren Zusammensetzung einer Berathung von Arbeitgebern und Arbeitenempfängern überlassen bleiben müßte, die darüber zu wachen hätte, daß die bestellten Arbeiten pünktlich, sorgfältig und ohne Uebervortheilung angefertigt würden. Der gesammte Ausschuß glaubte versichern zu können, daß von Seiten der Gewerbetreibenden alles Mögliche geschehen werde sich des freundlichen Entgegenkommens würdig zu zeigen.

Endlich wurde noch beschlossen, diese hochwichtige Angelegenheit der Presse zu übergeben, um auch das größere Publikum dadurch zu veranlassen, die Sache in reifliche Erwägung zu ziehen.

† Rawicz, den 30. Mai. Heute fand hier die Wahl eines Abgeordneten und Stellvertreters für die Frankfurter Reichsversammlung Statt. Der Kreisphysikus Dr. Göden aus Krotoschin ist mit 75 gegen 69 Stimmen gewählt worden; nach demselben fielen die meisten Stimmen auf den Justizkommissarius Fischer in Breslau, den Fürsten Hatzfeld und den Professor Dr. Löw in Posen. Die Wahl des Stellvertreters fiel darauf auf den Pastor Sommer aus Kempen.

* Gnesen, den 30. Mai. Das Dorf Gółczewo bei Wreschen war vor zehn Tagen Schauplatz einer entsetzlichen That. Ein Schneidergeselle, Namens Saul Pack, kam von Glogau aus, woselbst er drei Jahre in Arbeit gestanden hatte, um seine Eltern zu besuchen. Im Dorfe wurde ihm die erbetene Nachtherberge mit den Worten vom Gastwirthe verweigert, daß es hier eine solche für Deutsche und Juden nicht gebe. Er ging darauf weiter und fand in der Nähe ein Nachtlager. Mittlerweile entstand in Gółczewo Feuer. Der Besitzer erkundigte sich, wer zuletzt dagewesen, und auf einmal sprengte eine wüthende Rotte in das Haus, das den armen Handwerker aufgenommen hatte. Er lag im tiefsten Schlaf. Sie weckten ihn auf, knebelten ihn und trugen ihn so zur Brandstätte. Während auch nicht die geringsten Anzeichen gegen ihn vorlagen, er flehentlich um sein Leben bat und denen, von denen er vermuthete, daß es blos um seine Habe ging, Alles anbot, was er mit sich führte, blieben die Verstockten auf seine und die dringenden Bitten eines hinzugekommenen Gendarmen taub, drohten vielmehr diesem letzteren ebenfalls, und warfen den erwähnten Unglücklichen in die von ihnen dazu auf's Neue angefachten Flammen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung.

Die sechste Sitzung, am 30. Mai,
beginnt um 10 Uhr 10 Min., wie gebräuchlich, mit Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung, welches ohne Weiterungen angenommen wird. Es treten nunmehr die Vorsitzenden der 8 Abtheilungen auf, um über die Vorgänge in denselben — freilich nur unwichtiges — zu referiren. Es sind zu Präsidenten erwählt worden: der 1. Abth.: Hr. Waldeck, der 2. Abth.: Hr. v. Kirchmann, der 3. Abth.: Hr. Grabow, der 4. Abth.: Hr. Windhorst, der 5. Abth.: Hr. Philipps, der 6. Abth.: Hr. Esser, der 7. Abth.: Hr. Köhler und der 8. Abth.: Hr. Pinder, (für welchen Letzteren, durch Krankheit verhinderten, Hr. Uhlich referirt). Mehrere dieser Herren berichten, daß gleich bei der gestrigen Sitzung der einzelnen Abtheilungen die Unzweckmäßigkeit rc. der betreffenden Sitzungslokale eingesehen und deren Verlegung, resp. Verbesserung für nöthig befunden worden ist. Präsident Milde ersucht vorzugsweise die in Berlin ansässigen Deputirten um deren Rath und Vorschlag in Bezug auf die Beschaffung geeigneter Sitzungslokale für die sich beschwert habenden Abtheilungen. — Hr. Zachariae schlägt die Universität und die Akademie der Künste vor. Präsident Milde erwiedert hierauf, wie er äußerlich schon vernommen, daß die Universität wegen beschrärkter Räumlichkeit einen solchen Antrag ablehnen müsse, die Akademie der Künste aber, wegen der jetzt stattfindenden Kunstausstellung, in Benutzung und resp. Vertheilung ihrer Lokalitäten sehr behindert sei. Minister v. Auerswald ersucht die Versammlung, bis morgen Raum zu geben, indem es ihm alsdann vergönnt sein dürfte, selbstständige dahin zielende Vorschläge zu thun. Der Antrag des Hrn. Bredt, statt eines gleich 2 Schriftführer für jede Abtheilung zu ernennen, wird nicht unterstützt, und somit ohne Abstimmung verworfen.

Hr. Rodbertus entwickelt seinen schon gestern erwähnten Antrag wegen Aussetzung der Plenarsitzungen bis zur definitiven Festsetzung der Geschäftsordnung. Die bisherige provisorische sei für eine lediglich gesetzgebende, doch nicht für eine mit so umfangreichen Aufträgen, wie die gegenwärtige, betraute Versammlung genügend. Außerdem sei bis jetzt noch nicht eine Sitzung vergangen, in der nicht irgend etwas an der bisherigen Geschäftsordnung geändert worden. Es sei aber nicht möglich, daß die Versammlung die schwierigeren Arbeiten beginne, wenn sie vorher nicht ein Mal in der Form einig sei.

Der Antrag des Hrn. Rodbertus wird mit großer Majorität verworfen, dagegen der Antrag des Hrn. v. Kirchmann, alle Anträge über die Geschäfte bis zur definitiven Annahme der neuen Geschäftsordnung auszusetzen, mit eben so großer Majorität angenommen, nachdem vorher die ähnlichen Anträge der Herren Arntz, Schramm und Neumann durchgefallen waren, und die Herren Abegg (aus Kreuznach), Harassowitz und Waldeck Unerhebliches über die desfallsige Fragestellung gesprochen hatten. (Hr. Rodbertus und Hr. Duncker, welcher dessen Antrag lebhaft unterstützte, fielen mit ihren Anträgen durch.)

Der Antrag des Hrn. Schornbaum, das Ministerium des Innern aufzufordern, den Stellvertreter des zur Zeit verhafteten Deputirten Valdenaer einzuberufen, damit der Landkreis Trier vertreten sei, wird mit großer Majorität angenommen, nachdem Minister v. Auerswald erklärt hat, daß dieselbe schon geschehen, wäre die Verhaftung Vl's nich erst dann hier bekannt geworden, als die Versammlung schon zusammengetreten war; ein Vorgreifen sei ihm aber nicht statthaft erschienen.

Hrn. Hüffers Antrag wegen Abwechselung der für oder wider einen Gegenstand eingeschriebenen Redner wird an die zur Berathung der Geschäftsord-

nung bereits eingesetzte Commission verwiesen. Hr. Nees v. Esenbeck verliest seinen Antrag: daß eine Commission zur Bearbeitung eines anderweiten Verfassungs-Entwurfs, welcher von der National-Versammlung zugleich mit dem ministeriellen Entwurfe, nur daß jener von volksthümlicheren Grundsätzen, als dieser, ausgehe, berathen werde. Die ganze Linke erhob sich zur Unterstützung des Antrags, welcher, nach kurzer Berathung, an die Abtheilung verwiesen ward. Ein Antrag des Herrn Schramm auf Verwerfung des Verfassungs-Entwurfs, Aussetzung aller Verhandlungen darüber, bis eine Commission der Versammlung einen Entwurf vorgelegt hat, mit Ausnahme jedoch der sog. Arbeiterfragen, wird nicht unterstützt. (Hr. Milde nimmt jetzt wieder den Präsidentenstuhl ein, welchen er auf einige Zeit seinem ersten Stellvertreter, Herrn Esser, abgetreten hatte.)

Hrn. Jung's Antrag: die Wittwen und Waisen der am 18. März in Berlin für die Freiheit gefallenen Helden aus Staatsmitteln zu pensioniren, wird gleichfalls unterstützt und an die Abtheilung gewiesen. Hr. Jung macht hiernächst seine Anfrage (Interpellation) an den Kriegsminister wegen des theilweise im Heere herrschenden reaktionären Geistes. Als der Präsident fragt, ob die Interpellation unterstützt wird, erhebt sich eine überwiegende Mehrheit dafür, und zwar ebensowohl von der Linken, als von dem rechten Centrum und der Rechten. Nach dem gestrigen Beschlusse hätte die Sache nunmehr an die Abtheilung kommen müssen; man sieht aber die Unmöglichkeit eines solchen Beschlusses ein, und Hr. Waldeck, welcher die Unmöglichkeit noch näher darthun will, wird durch großen Lärm unterbrochen. Der Ministerpräsident Camphausen schlägt vor, daß, nachdem die Versammlung sich für die Interpellation entschieden, der Kriegsminister die Zeit der Antwort bestimmen möge. Gr. Cieszkowski führt an, daß Interpellationen überall ein Recht der Minderheit gegen die Mehrheit setzen und die Begründung der Anfrage vor sich gehen möge. Hr. Jung sagt, er wollte durch seine Anfrage die Grundsätze, welche das Kriegsministerium Betreffs des Militairs befolgte, lediglich klar stellen, da in der Befolgung der bisherigen Grundsätze Gefahr für die jetzigen Zustände liege. Die preußische Wehrverfassung, wie Scharnhorst sie entworfen, sei eine der volksthümlichsten, und dennoch die preußische jetzt eine der unvolksthümlichsten in ganz Deutschland (Bewegung). Das rühre daher, weil die Landwehr nicht sich der allgemeinen Volksbewaffnung angeschlossen und die Soldaten von dem Volksleben getrennt und abgesondert worden. So habe man am 18. März Scenen der Barbarei in Berlin gesehen, welche einen um so trüberen Anblick bieten, als die öfters menschlicheren Offiziere ihre Untergebenen, aller Gegenbefehle ungeachtet, von der grausamen Behandlung nicht abzuhalten vermocht hätten. Der Redner hatte gehofft, daß das aus der Bewegung hervorgegangene neue Kriegsministerium diese verderbliche Trennung aufheben werde, sich aber darin getäuscht gesehen. Als mehrere Truppentheile sich über ihre Angelegenheiten vereinigen gewollt, untersagte es der Kriegsminister und erkannte damit an, daß das Militairgesetz die Truppen von der Freiheit ausschließe. Der General Schreckenstein und der Prinz Adalbert haben dies in ferneren Erlassen bestätigt, Letzterer die Soldaten sogar für die vollziehende Gewalt erklärt. Doch wenn sie das wären, so lebten wir in Rom zu der Zeit, da die Prätorianer unter den Kaisern vollste Geltung hatten. Auch die Mannszucht, welche auf Kosten der Trennung von Soldat und Bürger bewirkt werden sollte, habe nicht hingereicht, denn sie erforderte nur, daß der Soldat nicht wie ein wildes Thier rase. In Trier, Mainz und im Posenschen hätte man aber andererseits die Früchte jener Mannszucht erblicken können. Sehe man auch ganz davon ab, was aus der Landwehr geworden, so könne man den Umstand nicht unbeachtet lassen, daß Offiziere, weil sie Gesuche eingereicht, versetzt worden. Andererseits reden höhere Offiziere ihre Truppen an, um einen feindseligen Geist gegen das Volk zu erhalten. Ein höherer Offizier habe sogar den ohnehin schon aufgeregten Garde-Landwehrmännern Berlin's vorerzählt, daß die Barrikadenhelden aufgeknüpft werden müssen! Deshalb richte er (Redner) drei Fragen an den Kriegsminister: 1) Ist derselbe der Ansicht seines Vorgängers, daß das freie Vereinigungs- und Bittrecht auf das Heer keine Anwendung finde? 2) Werden solche Offiziere, welche den feindlichen Geist gegen die neue Zeit zu nähren suchen, als gemeingefährlich entfernt? 3) Geschieht an den Stellen, wo ein derartiger feindlicher Einfluß noch besteht, nichts zur bessern Belehrung durch Absendung geeigneter Offiziere? (Bravo.)

Der Kriegsminister Gr. Canitz bemerkt im Allgemeinen, daß das preußische Wehrsystem in allen constitutionellen Staaten anerkannt worden, ferner der Verdacht und das Vorurtheil, als ob das Heer die Reaction wolle, nicht gegründet seien, endlich das ganze Heer durch Verdächtigungen verletzt werde, was die Versammlung gewiß nicht wolle. Hr. Bauer (aus Krotoschin) vertheidigt das Heer gegen den Vorwurf reactionärer Strebungen und wünscht dabei, daß die bis 1819 bestandene Einrichtung der Landwehr-Inspektionen wieder hergestellt werde; dann sei die Landwehr das, was Scharnhorst hinsichtlich ihrer beabsichtigt habe.

Der Kommissarius des Kriegsminister. Oberst-Lieut. Fischer übernahm nunmehr die eigentliche Beantwortung der Fragen. Zur ersten bemerkte er, daß auch der jetzige Kriegsminister die Berathungen der Corps, als solcher, lediglich verbieten müsse, und darin nur den auch in den freiesten Ländern bestehenden Einrichtungen folge. In der Republik Rom sei das Berathen unter Waffen mit dem Tode bestraft worden, selbst unter dem Robespierre-Maratschen Regiment seien 1793 die Berathungen der bewaffneten Corps verboten gewesen. Das sei in allen Heeren Gesetz. Wolle man aber den Corps als solchen das freie Berathungsrecht einräumen, so sei das gerade Reaction, denn man gelange auf solchem Wege durch Gesetzlosigkeit zur Despotie, weshalb man schon im Interesse der Freiheit gegen das in Corps zu übende Vereinigungs- und Bittrecht der Soldaten sein müsse. Was die zweite Frage betreffe, so seien dem Kriegsminister spezielle Fälle nicht bekannt. Stimmen zur äußersten Linken: „Jung in Schweidnitz."

Oberst-Lieutenant Fischer: Jung in Schweidnitz hat dem Minister-Präsidenten eine Beschwerde übersandt und sie ist bis jetzt dem Kriegsminister noch nicht behändigt worden. Hinsichtlich der dritten Frage sei es dem Kriegsminister noch nicht bekannt geworden, daß Corps der neuen Zeit sich entschieden widersetzt haben. Sollte dies aber geschehen, so werde eine Rüge erfolgen. Man möge sich aber wohl hüten, mit reaktionairen Tendenzen den Geist der Ordnung zu bezeichnen. Die Eigenschaften der Treue, des Gehorsams und der Tapferkeit haben seit Jahrhunderten das Preußische Heer ausgezeichnet, und diesen Eigenschaften, welche ihm bleiben werden, verdanke man es mit, daß jetzt Abgeordnete von 16 Mill. hier versammelt seien. Daß Excesse vorgekommen, die Mannszucht erschlafft sei, das dürfe Niemanden wundern, das aber verschulden die Wühlereien, welche sich in das Heer zu schleichen suchen. Wenn das Heer geschmäht wird, dann können auch die Aeußerungen Einzelner in demselben das Maaß überschreiten. Man sollte also füglich gegenseitig abwägen. Daß und wie auf das Heer von oben her gewirkt werde: das bezeuge eine von dem Könige, unter Verantwortlichkeit des zeitigen Kriegsministers am 1. Mai erlassener Heerbefehl. So sei dem Heere Aufrechthaltung der Verfassung und der Gesetze anempfohlen. In diesem Sinn werde es auftreten und die Versammlung selbst wünschen, daß es also forterhalten werde. Noch sei keine Macht geschaffen, welche die Ordnung in Abwesenheit des stehenden Heeres erhalte, bis dahin habe das Heer seinen Beruf zu erfüllen, bis dahin aber auch über Befehle von oben nicht zu berathen. (Beifall und Zischen.)

Herr d'Ester findet es auch angemessen, daß das Heer unter Waffen nicht berathe; man möge indeß wohl erwägen, wie man das gesellschaftliche Vereinigen verboten und damit den Soldaten ein allen Preußen zustehendes Recht entzogen habe. Der Soldat werde anders wie jeder andere Staatsbürger behandelt. Der diesfällige Erlaß des Kriegsministers habe in der Rheinprovinz große Mißstimmung erzeugt, ohne daß Wühlereien stattgehabt. Er (Redner) wolle hier noch an eine Thatsache erinnern, daß man nämlich vier Offiziere, weil sie sich noch vor dem Verbote bei einer Bittschrift betheiligt, vom Amte suspendirt habe und andere ähnliche Fälle dem Kriegsminister speciell mittheilen. Er baue übrigens auf den Geist der jungen Freiheit, und wisse, daß, namentlich in der Rheinprovinz, kein Reskript einen reactionairen Geist hervorzaubern könne. (Beifall.)

Hrn. Duncker's Antrag auf Niedersetzung einer Commission zur Entwerfung einer Adresse an Se. Maj. den König wird auf morgen (31.) verschoben.

Auf die Anfragen des Herrn v. Berg: a) Ob und welche Mittel das Ministerium zur Handhabung der Ordnung und Sicherheit fortan ergreifen, b) ob es eine Aufruhrakte erlassen und die Befugnisse des Militairs dabei genau begrenzen wolle? erwiedert der Minister des Innern v. Auerswald, nachdem die Versammlung ihre Unterstützung ausgesprochen, daß die Beantwortung am Freitag (2. Juni) erfolgen werde.

Hrn. Nenstiel's Antrag: Beschaffung von Geldmitteln für den Staat, wird unterstützt. Da ihn der Antragsteller aber nicht gehörig ausführen kann, so fällt die Sache von selbst. — Ein Antrag auf eine besondere Commission zur Entwerfung einer neuen Verfassung wird, da diese Commission schon eingesetzt ist, nicht weiter berücksichtigt.

Präsident: Die DD. Stein und Elsner, wie Gr. Reichenbach haben eine Eingabe des demokratischen Clubs in Breslau mit den, auch zu den ihrigen gemachten Anträgen übergeben: 1) die National-Versammlung solle erklären, daß die Helden des 18. und März sich um das Vaterland verdient gemacht haben, 2) daß denselben ein Denkmal auf Staatskosten errichtet werde. Die Schriftstücke und die Anträge werden an die Commission gewiesen. — Der Präsident theilt ferner mit, daß der Justizminister in seinem Amtshause (Wilhelmstr. 65.) Säle für die Sitzungen der Abtheilungen eingeräumt habe. — Die Versammlung beschließt, daß die Abtheilungen sich mit der Berathung des Reglements zuerst beschäftigen. Nach Mittheilungen der folgenden Tagesordnung wird die Sitzung aufgehoben. (Schluß $3\frac{1}{4}$ Uhr.) (Anfang der Mittwochs-Sitzung 11 Uhr.)

♎ Berlin, den 1. Juni. Meine Erwartung, daß der gestrige Tumult keine ernstliche Wendung nehmen werde, hat sich vollkommen bestätigt, obwohl die Ochlokraten kein Mittel unversucht ließen, der Flamme immer frische Nahrung zuzutragen. In der Abends vor den Zelten veranstalteten Volksversammlung ergriffen sie die günstige Gelegenheit, ihrem seit einiger Zeit mit Vorliebe behandelten Thema der allgemeinen Volksbewaffnung eifrig das Wort zu reden, nachdem Korn und Genossen schon vorher die am Zeughause versammelten Volksmassen laut und nachdrücklich aufgefordert hatten, sich die Waffen, da man sie ihnen gutwillig nicht geben wolle, selbst zu holen. Eine Deputation an Aschoff wurde von diesem mit ihrer Forderung, an alle Urwähler Gewehre verabfolgen zu lassen, an den Minister gewiesen, der ihnen natürlich die Antwort geben mußte, daß hierüber die Bestimmung der Nationalversammlung abzuwarten sei. Ein Bescheid, bei dem sie sich für den Augenblick beruhigen mußten, der ihnen jedoch nur als neuer Beweis erscheinen wird, wie beschränkte Begriffe unser Ministerium von wahrer Volkssouverainität noch hege. „Was hat die Nationalversammlung", hörte ich heute ein Mitglied der Zeltenversammlung auf offner Straße sagen, „über den Verfassungsentwurf noch zu berathen, Wir haben ihn ja verworfen." „So ist es" antworteten die Umstehenden. Ein Anderer sprach über tückische Reaktion und schloß: „Meint Ihr denn etwa, man würde das Militair nicht herbeiholen, wenn wir die Nationalversammlung auseinanderjagen?" — Nun, der Tollwuth, deren Symptome bereits hervortreten, wird sich hoffentlich legen.

Frankfurt a. M., den 29. Mai. Sitzung der Deutschen Bundes-Versammlung am 27. Mai. Nachdem mitgetheilt worden war, daß für den Großherzoglich Hessischen Gesandten nunmehr der Königlich Sächsische Gesandte substituirt sei, und der Großherzoglich Mecklenburgische Gesandte auch für Mecklenburg-Strelitz Vollmacht beigebracht hatte, trug der Kaiserl. Bundes-Präsidial-Gesandte drei seit der letzten Sitzung eingegangene Berichte des Festungs-Gouverneurs von Mainz vom 22., 23. und 25. d. M. vor. Im ersten wird die auf Ansuchen verlängerte Frist zur Ablieferung der Waffen angezeigt; in dem zweiten war bemerkt, daß, auf Anzeige anderweiter Verwundung von Soldaten, wieder Generalmarsch geschlagen und eine Aussendung verstärkter Patrouillen erfolgt sei, dieser Anzeige aber zugleich ein anonymer Brief mit verschiedenen Ausfällen und Drohungen beigefügt; im dritten endlich der Tödtung eines Mannes und eines Knaben Erwähnung gethan und bezüglich der Ablieferung der Waffen bemerkt, daß unter denselben 270 geladene und 23 Stück frisch abgeschossene sich befunden hätten. An die Mittheilung dieser Berichte knüpfte der Vorsitzende die Frage: welche Maßregeln in dieser Angelegenheit seitens der Bundes-Versammlung zu ergreifen sein möchten, nachdem die National-Ver-

sammlung in Betreff derselben zur motivirten Tagesordnung übergegangen sei? und begleitete diese Frage mit einleitenden Bemerkungen.

— Hierauf stellte der Königlich Sächsische Gesandte den Antrag, die Bundes-Versammlung wolle zur Ausgleichung der obwaltenden Differenzen und im Interesse der Ruhe und Ordnung schleunigst Maßregeln ergreifen, insonderheit aber Verfügung treffen: 1) daß alsbald ein Garnisonwechsel eintrete; 2) nach Publikation des Großherzoglich Hessischen Bürgerwehr-Gesetzes die Bürgerwehr der Stadt Mainz, unter Berücksichtigung der Festungs-Verhältnisse, reorganisirt, auch 3) eine Aufhebung der während der jüngsten Ereignisse getroffenen Ausnahme-Bestimmungen veranlaßt werde. Bei der Diskussion hierüber beantragte der Großherzoglich Oldenburgische Gesandte, die Bundes-Versammlung solle vor weiteren Schritten sofort eine Kommission nach Mainz entsenden, welche in Bezug auf die ferner zu ergreifenden Maßregeln mit den dortigen Civil- und Militair-Behörden Rücksprache nehmen und sodann der Bundes-Versammlung Bericht erstatten solle. Dieser letztere Antrag wurde sofort zum Beschlusse erhoben und zu Kommissairen der Großherzoglich Oldenburgische und der Königlich Württembergische Gesandte ernannt, welche in Begleitung einiger Mitglieder der Militair-Kommission, ohne Verzug nach Mainz sich begeben werden. Der Großherzoglich Hessischen Regierung soll hievon sogleich Nachricht ertheilt werden, damit auch ihrerseits bei den zu veranstaltenden Erörterungen sich betheiligt werde. Zum Vortrag kam ferner ein Gesuch der Gemeinde-Behörden zu Mannheim um Zurückziehung der dort einquartierten Truppen. Beschluß: diese Eingabe dem Ober-Befehlshaber zur Berücksichtigung zuzufertigen, den Bittstellern aber hiervon Nachricht zu ertheilen mit dem Bemerken, daß, da die Dislokation der Truppen nicht von der Bundes-Versammlung, sondern vom Kommandirenden angeordnet werde, eine auf die Besetzung von Mannheim bezügliche Veränderung auch von Letzterem ausgehen müsse. Auf die hierbei erfolgte Mittheilung eines Schreibens des Prinzen Karl Königl. Hoheit, die Beendigung des Aufstandes betreffend, wurde beschlossen, in der Rückantwort den Dank der Bundes-Versammlung auszusprechen. Der Königlich Bayerische Gesandte trug einige Kommissions-Gutachten vor. Der Beschluß über ein Gutachten des Revisions-Ausschusses, die Wahlen zur National-Versammlung in Böhmen betreffend, wurde auf besonderen Antrag vertagt. Ein Schreiben des Präsidenten der National-Versammlung, die vorläufige Anweisung von 20—25,000 Fl. zu Bestreitung der Kosten für die National-Versammlung betreffend, ingleichen ein Schreiben des Präsidenten der Vertrauens-Männer, eine Anfrage wegen Zurückberufung derselben enthaltend, wurde dem Revisions-Ausschuß überwiesen. Nachdem noch einige Anzeigen (seitens des Königlich Sächsischen Gesandten und des Gesandten der Großherzoglich und Herzoglich Sächsischen Häuser) in Betreff der Wahlen zur National-Versammlung erfolgt waren, erstattete auf Antrag des Gesandten für Schleswig-Holstein der Militair-Ausschuß durch den Königlich Bayerischen Gesandten Vortrag über den Antrag des zuerst genannten Gesandten wegen Kompletirung des 10. Armee-Korps, in dessen Folge, nach dem Gutachten des Militair-Ausschusses, beschlossen wurde, daß den betheiligten Regierungen zu eröffnen sei, die Bundes-Versammlung könne dieselben von der beantragten Kompletirung, insoweit diese noch beanstandet sei, nicht dispensiren, doch sei die dem Ober-Befehlshaber mittelst Schreibens vom 19. d. empfohlene Berücksichtigung des Bedürfnisses der Küstenstaaten dabei nicht ausgeschlossen.

In der Sitzung der konstituirenden National-Versammlung am 29. Mai wurde die Berathung über die Geschäftsordnung eröffnet. Nachdem in der allgemeinen Diskussion mehrere Redner gesprochen hatten, wurde durch den Abgeordneten Jaup der Antrag gestellt: den vorliegenden Entwurf ohne spezielle Diskussion in Bausch und Bogen anzunehmen, mit dem Vorbehalt, daß auf jeden einzelnen Gegenstand zum Zwecke vollständiger Berathung zurückgekommen werden könne, sobald wenigstens 50 Mitglieder es beantragen. Im Laufe der Debatte hierüber erklärte Abgeordneter Bassermann: Wenn die Geschäftsordnung in solle angenommen werde, so würde der Verfassungs-Ausschuß für seine Berathungen so viel Zeit gewinnen, um schon in der nächsten Woche den Entwurf der Grundrechte des Deutschen Volks vorlegen zu können. Der Antrag von Jaup wurde angenommen und dadurch die Geschäftsordnung für jetzt genehmigt. Die definitive Konstituirung der Versammlung und die Wahl des Präsidenten findet am 31. statt.

Rendsburg, den 29. Mai. (B. H.) Diesen Nachmittag ist hier die Nachricht von einem ziemlich bedeutenden Zusammentreffen mit den Dänen auf Sundewitt eingelaufen. Der gestrige Tag (Sonntag, den 28sten) war zur Ablösung der vor Alsen auf den Vorposten stehenden Bundes-Truppen bestimmt. Davon müssen die Dänen, die überhaupt in dortiger Gegend durch ihre Spione gut bedient werden, Kunde erhalten haben. Bedeutend verstärkt durch Truppen, die in den letzten Tagen wieder von Fühnen nach Alsen übergeführt worden waren, unternahmen sie eine Landung auf dem diesseitigen Ufer, die man Deutscherseits nicht in ihrer ganzen Bedeutsamkeit bemerkt zu haben scheint, da die Aufmerksamkeit von den ab- und zuziehenden eigenen Truppen in Anspruch genommen war. Bald nach Aufstellung der neuen Pikets sah man sich plötzlich von einer großen Dänischen Uebermacht an Infanterie und Artillerie unter der düppeler Höhe angegriffen, während gleichzeitig westlich von Eckensund (bei Alnoer und Treppe) eine Anzahl von Schiffen und Kanonenböten erschien, als solle auch hier eine Landung bewerkstelligt werden. Offenbar wollten die Dänen dadurch die Deutschen Streitkräfte theilen, was ihnen jedoch nur in geringem Grade gelang. Auf den düppeler Höhen entspann sich nun ein sehr heißer Kampf, in welchem auf beiden Seiten durch Geschützfeuer große Verluste an Verwundeten und auch an Todten (Zahlen lassen sich noch nicht angeben) herbeigeführt sind. Die Dänen haben ruhmvoll gefochten. Ihre Anzahl wird auf 8000 Mann geschätzt, die unter dem Schutze der Schiffs-Kanonen, so wie flankirt durch Geschütze auf dem Lande, in den Kampf gestellt wurden, während die Unsrigen kaum 7000 Mann stark gewesen sein mögen. Die Entscheidung des Kampfes stand mehrere Stunden hin, bis endlich gegen 7 Uhr Abends die Deutschen Truppen sich veranlaßt sahen, den Rückzug über Gravenstein und nördlich davon bis gegen Quars anzutreten, während die Dänen sich Gravenstein, wo unser Nachtrab stehen blieb, bis auf etwa eine Stunde näherten.

Flensburg, den 29. Mai. (H. C.) Die vergangene Nacht bestätigte uns die traurigen Begebenheiten des gestrigen Tages. An 20 Wagen mit Verwundeten fuhren im Laufe der Nacht in die Stadt herein, und noch heute Morgen kamen mehrere an. Die Dänen waren gestern Morgen schon sowohl von Sonderburg über die Brücke, wie an verschiedenen anderen Stellen, ans Land gegangen und fielen auf diese Weise gleichsam von allen Seiten über die Deutschen her. Unsere Truppen waren sehr in die Enge getrieben, aber sie vertheidigten sich so muthig gegen den in Massen herandrängenden Feind, daß es diesem, trotz seiner Uebermacht, nicht gelingen konnte, weiter ins Land hinein vorzudringen. Leider verloren wir viele Deutsche Brüder; aber das Blut eines Jeden floß nicht, ohne sich an manchem Dänen gerächt zu haben; ja die tapferen Deutschen haben wie Männer gestanden. Manche der unsrigen, namentlich Mecklenburger, sind in die Hände des Feindes gefallen. Man behauptet, daß dieses Gefecht das bedeutendste gewesen, das bisher vorgefallen. Es dauerte bis Abends 8 Uhr. Die Deutschen jagten alsdann den Feind mit dem Bajonett auf seine Schiffe zurück und setzten sich wieder in Düppel fest.

— Heute Vormittag entspann sich wiederum ein sehr lebhaftes Gefecht, welches 4—5 Stunden anhielt. Die Dänen sollen sich jetzt ruhiger verhalten. Eben kommen wieder Verwundete an.

Heute Nachmittag traf ein Preuß. Kürassier-Regiment hier ein. Auch einige Preuß. Infanterie-Regimenter kamen mit klingendem Spiel und vollen Muthes hier an. General Wrangel kam um $6\frac{1}{2}$ Uhr in unserer Stadt an.

Wien, den 30. Mai. Das Ministerium hat eine lange Kundmachung an die Bewohner der Residenz erlassen, in welcher es gegen das Ende heißt: Die Minister sind verpflichtet zu erklären: sie kennen keine Reaction, welche ihren Gang zu lähmen bemüht oder das vom Monarchen Zugestandene zurückzunehmen vermögend wäre. Das System des ersten constitutionellen Ministeriums in Oesterreich ist ein klar ausgesprochenes, es kann nur mit diesem stehen und fallen. System und Minister müssen aber in der Ueberzeugung und dem Vertrauen der Staatsbürger Wurzel fassen, denn nur in diesem Boden ruht ihre Kraft und Stärke. Nur wenn Ruhe in den einzelnen Theilen, Sicherheit im Mittelpunkte der Intelligenz und des Reichthums eines großen Reiches herrscht, können die Einrichtungen und Gesetze desselben reif erwogen, die streitenden Interessen verschiedener Länder vermittelt, das ehrwürdige Selbstgefühl der Nationalitäten befriedigt, der Intelligenz, so wie dem Fleiße, dem Eigenthume und der Arbeit die gebührende Aufmunterung und Geltung verbürgt werden.

„Nur Vertrauen kann eine starke Regierung gründen, und nur eine solche kann die Interessen des Landes kräftig vertreten. An dieses Vertrauen stellen die Minister daher, so lange die ihnen anvertrauten Aemter in ihren Händen ruhen, gerechte Ansprüche. Sie erklären dabei: a) an allen Freiheiten der Verfassung vom 25. April festzuhalten; b) keinem der späteren Zugeständnisse die volle Anerkennung zu versagen; c) der Anarchie oder Störung der Ordnung eben so wie jeder Reaction muthig entgegenzutreten und in dem Aufkommen von jedem dieser Uebel das Erlöschen ihrer Amtswirksamkeit zu erkennen; d) den Reichstag allein als befugt und berufen anzusehen, um organische Anordnungen oder Gesetze in das Leben zu rufen; e) die Beschleunigung desselben nach allen Kräften und durch Befestigung der Ruhe und Ordnung in der Residenz zu befördern; f) bis zu demselben ein festes Band der Eintracht zwischen den einzelnen Theilen der Monarchie zu erhalten; g) alle Einsichten zu benutzen, welche in der Residenz oder in den Provinzen Materialien und Vorbereitungen für denselben zu sammeln geneigt sind; h) insbesondere die Körperschaften und Gemeinden durch ihre legalen Vertreter aufzufordern, ihnen dabei durch Vorschläge, Andeutungen und Aufklärungen redlich beizustehen; i) den Maßregeln, um Ordnung in dem Staatshaushalte, Vertrauen in die Erfüllung der Verpflichtungen des Staats, Sicherheit in dem Erwerbe und Verbesserung der Lage der unbemittelten Klassen zu begründen, ihre besondere Sorgfalt zuzuwenden; k) endlich Alles aufzubieten, um die ersehnte Rückkehr des Monarchen in seine Residenz zu beschleunigen und jede Bürgschaft für die Sicherheit des erlauchten Hauptes herzustellen, zu dessen schönsten Vorzügen es gehört, jedem Staatsbürger Sicherheit und Recht zu gewähren.

„Haben die Minister ihre Aufgabe in diesen Grundlinien richtig aufgefaßt und redlich verfolgt, dann werden alle guten Bürger sie in diesem schönen Unternehmen getreulich unterstützen; fehlt ihnen dagegen dabei die Mitwirkung ihrer Mitbürger, oder werden ihre Kräfte darin gelähmt, dann wird es ihre heiligste Pflicht sein, ihre Unvermögenheit auszusprechen, ein Werk fortzusetzen, zu welchem ihnen die unerläßlichen Mittel entzogen sind. Wien, den 29. Mai 1848.

Im Namen des Ministerraths. Pillersdorf."

Triest, den 28. Mai. Die hier residirenden Konsuln fremder Mächte haben einen energischen Protest wider jedes feindliche Einschreiten gegen die Stadt an den Sardinischen Contre-Admiral Albini gerichtet. Und zwar die Konsuln von

(Mit zwei Beilagen.)

England, Rußland, Dänemark, Brasilien, Griechenland, den vereinigten Staaten, der Türkei, Spanien, Schweden und Norwegen, der Schweiz, Belgien und den Niederlanden. — Die Konsuln der Deutschen Staaten haben sich dem Proteste in folgender Weise angeschlossen: „Die unterzeichneten Konsuln der zum Deutschen Bunde gehörenden Staaten können, indem sie dem Proteste vollkommen beistimmen, nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit des Herrn Admirals auf den Umstand hinzuleiten, daß Triest einen Theil des Deutschen Bundes ausmacht, und daß demnach jeder Angriff auf Triest ein Angriff auf den Deutschen Bund wäre." (Folgen die Unterschriften der Konsuln der Deutschen Staaten.)

Der Gouverneur des Küstenlandes, Robert Altgraf von Salm, hat folgendes Dankschreiben an die in Triest residirenden General-Konsuln, Konsuln, Vice-Konsuln und Konsular-Agentenen fremder Mächte erlassen: „Der unterzeichnete Gouverneur erachtet es als Pflicht, sowohl in seinem eigenen Namen, als im Namen der Bevölkerung Triests öffentlichen Dank den Herren General-Konsuln, Konsuln, Vice-Konsuln und Konsular-Agenten abzustatten, welche, als unsere Stadt von einer feindlichen Flotte bedroht war, durch einstimmige Protest-Einlegung zum Schutze ihrer betreffenden Nationalen, zugleich ein Schirm der ganzen Stadt geworden sind. Fühlt sie sich auch stark durch die eigenen Vertheidigungsmittel und den patriotischen Geist der Bewohner, so sieht sie doch mit Dank und Stolz auf die ihr bewiesene Sympathie der übrigen Nationen.

„Besonders muß er den Herren General-Konsuln, Konsuln, Vice-Konsuln und Agenten der Staaten des Deutschen Bundes danken, welche Triests Sache als die von ganz Deutschland erklärten und so den Werth eines Bundes erkennen ließen, dessen Glieder den Augenblick der uns drohenden Gefahr gewählt haben, um sich als unsere Brüder zu bewähren. Triest, den 26. Mai 1848.

Der Gouverneur des Oesterreichisch-Illyrischen Küstenlandes.

Robert Altgraf von Salm."

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 28. Mai. Der heutige Moniteur enthält Folgendes: „Der Bürger Emil Thomas, Direktor der Nationalwerkstätten, hat von der Regierung eine Mission nach Bordeaux erhalten und ist vorgestern von Paris abgereist. Diese Nachricht hat gestern einige Aufregung unter den Arbeitern des Central-Büreau's im Park von Monceaux verursacht. Der Minister der öffentlichen Arbeiten begab sich dahin und blieb mehrere Stunden dort, um die Gemüther zu beruhigen. Abends legte sich die Aufgeregtheit, und der neue Direktor, Bürger Leon Lalanne, Ingenieur der Brücken und Chausseen, konnte ohne Widerstand eingesetzt werden. Wir hoffen daß diese Bewegung nur vorübergehend sein wird, und man könnte auch nicht begreifen, warum sie sich verlängern sollte. Die Regierung ist von den aufrichtigen und unbestreitbarsten Sympathieen für die Arbeiter beseelt, und diese können daran nicht zweifeln. Wenn sie die Nationalwerkstätten, die in der That nicht beibehalten werden können, aufzuheben gedenkt, so weiß sie auch, welche Schonung und Fürsorge die Leiden so vieler Arbeiter verdienen, die, seit langer Zeit der Arbeit beraubt, in den Werkstätten, welche der Staat für sie eröffnet hat, kaum einen genügenden Lohn finden. Eine von der National-Versammlung ernannte besondere Kommission ist in diesem Augenblick gemeinschaftlich mit der vollziehenden Gewalt darauf bedacht, neue Hülfsquellen aufzufinden; und die Regierung beabsichtigt nicht eher eine Maßregel in Hinsicht auf die National-Werkstätten zu treffen, als bis den rechtschaffenen und fleißigen Arbeitern sichere und zahlreiche Mittel und Wege dargeboten werden können. Sollte aber unglücklicherweise die Unordnung zunehmen, sollten strafbare Ränke bei den Arbeitern Eingang finden und sie irreleiten, so würde die Behörde sich durch die gebieterischsten Pflichten gezwungen sehen, die ihr anvertraute Macht zu gebrauchen und durch energische Maßregeln die vollständige Ausführung der von ihr für nöthig erachteten Befehle zu sichern." Gleichzeitig hat der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Trelat, eine aus Verwaltungs-Beamten, Ingenieuren und Gewerbetreibenden bestehende Kommission für die National-Werkstätten ernannt und dieselbe in seinem Ministerium installirt. Dieselbe soll den gegenwärtigen Zustand dieser Werkstätten genau untersuchen und die in denselben nach ihrer Ansicht einzuführenden Aenderungen und Verbesserungen angeben, wobei eben so sehr auf die Wohlfahrt der Arbeiter, wie auf die Erleichterung der Staatslasten Rücksicht genommen werden soll. An der Spitze dieser Kommission stehen der General-Sekretair des genannten Ministeriums, Herr Boulage, als Präsident, und der Divisions-Inspektor der Brücken und Chausseen, Herr Mary, als Vice-Präsident.

— Die der National-Versammlung von den Ministern der Finanzen und der Justiz vorgelegten Gesetz-Entwürfe über das Porto und die Ehescheidung lauten:

I. „Art. 1. Vom 1. Januar 1849 an wird das Porto für einen einfachen Brief im ganzen Umkreise der Französischen Republik auf 20 Centimes festgesetzt. Art. 2. Das Gewicht eines einfachen Briefes wird auf zehn Grammen ausgedehnt. Art. 3. Die Post-Verwaltung ist ermächtigt, Pakete in versiegelten Papier-Umschlägen im Gewicht von 10—125 Grammen zu befördern. Diese Pakete sind mit 1 Franken, gleichviel auf welche Entfernung innerhalb Frankreichs, zu tariren. Art. 4. Ein Verwaltungs-Reglement, das vom Finanzminister zu bestätigen, wird die Mittel angeben, durch welche die Ausübung des gegenwärtigen Gesetzes mit demjenigen vom 15. März 1827, dessen Bestimmungen beibehalten werden, in Einklang zu bringen. Art. 5. Der Finanzminister ist mit der Vollziehung beauftragt."

II. Art. 1. Das Gesetz vom 8. Mai 1816 ist aufgehoben. In Folge dessen treten die Bestimmungen des VI. Titels 1. Buches des Civilkoder vom Augenblicke der Gesetzeskraft gegenwärtigen Dekrets wieder in Wirksamkeit. Art. 2. Der Artikel 310 des Civilkoder wird abgeändert, wie folgt: „Jedes rechtskräftige Erkenntniß, das seit einem Zeitraume von mindestens drei Jahren Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett aussprach, ist auf den Antrag einer der Parteien als Ehescheidungsurtel zu betrachten. Die Parteien sind auf Grund desselben vorzuladen und die Urtelsbestätigung in öffentlicher Sitzung zu verkünden. Die wegen Ehebruchs verurtheilte Partei kann auf Scheidung der Ehe nicht antragen."

— Der Moniteur veröffentlicht ein Dekret für Reorganisation des Admiralitätsraths, der aus 11 Mitgliedern bestehen soll, unter denen sich die Admirale Hugon, de la Susse und Hamelin befinden.

— Unter den Kandidaten für die Nachwahlen zur Nationalversammlung ist auch Viktor Hugo. Dieser hat so eben an die Wähler des Seine-Departements eine Adresse erlassen, an deren Schlusse er sagt, daß man die eine der zwei möglichen Republiken die Republik der Civilisation, die andere aber die des Schreckens nennen könne; er sei bereit, sein Leben der Gründung der ersteren und der Verhinderung der anderen zu weihen.

Spanien.

Madrid, den 19. Mai. Der Heraldo von heute sagt: „Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr reiste Herr Bulwer (der Englische Gesandte) nach Frankreich ab. Es begleiteten ihn drei Attachés der Gesandtschaft. Bei seiner Abreise füllten viele Neugierige die Straße, in welcher Herr Bulwer wohnte; es fanden jedoch keine Manifestationen irgend einer Art statt. Bei Gelegenheit der Abreise des Herrn Bulwer müssen wir denjenigen, welche in dem von der Regierung gethanen Schritte große Gefahren für die Nation erblicken, einige Worte sagen. Einem fremden Gesandten seine Pässe zuzuschicken, macht als Thatsache keinen casus belli aus, ermächtigt aber die Regierung, welche dieser Gesandte vertritt, Erläuterungen zu verlangen. Die von der Spanischen Regierung, unter diesen Umständen zu ertheilenden, werden so vollständig und befriedigend sein, daß die Englische Regierung und ganz Europa nicht nur die Gerechtigkeit, sondern auch die dringende Nothwendigkeit dieses unvermeidlichen Schrittes anerkennen werden. Auf der anderen Seite hat die Spanische Regierung die Englische aus einer großen Verlegenheit gezogen. Nach dem Sturme, der im Parlamente gegen Palmerston ausbrach; nach der Niederlage, welche die Regierung im Parlament erlitt, und nach der Veröffentlichung einer Korrespondenz, in welcher die Spanier auf eine nicht zu rechtfertigende Weise beschimpft werden, konnte die Englische Regierung Hrn. Bulwer nicht länger in Madrid lassen. Zugleich hätte sie aber durch seine Abberufung seine Eigenliebe so sehr verletzt, daß sie sich nicht dazu entschloß. Die Spanische Regierung hat die Schwierigkeit gelöst. Ihr Benehmen wird sich den Beifall des Englischen Volkes erwerben, wie es sich den des Spanischen erwarb, das in der Entschlossenheit und Energie seiner Regierung das sichere Unterpfand dafür erblickt, daß die Ordnung nicht gestört werde, woher auch der Angriff komme."

Gestern reiste der Graf Mirasol nach London ab. Er ist von der Regierung beauftragt, dem Englischen Kabinette die Gründe hoher Politik auseinanderzusetzen, welche die Regierung veranlaßten, Herrn Bulwer die Abreise von hier anzubefehlen.

Belgien.

Brüssel, den 30. Mai. Der Moniteur berichtet: „Zur Feier des Geburtstages Ihrer Majestät der Königin von Großbritanien, die am 24. Mai 1819 geboren, also jetzt in ihr 30stes Jahr eingetreten ist, war am Sonnabend ein großes diplomatisches Diner bei dem Englischen Gesandten, Lord Howard. Unter den Eingeladenen bemerkte man den apostolischen Nuntius, Mgr. von St. Marsan, Erzbischof von Ephesus, und alle andere in Brüssel residirende Mitglieder des diplomatischen Corps, mit Ausnahme des Französischen Gesandten, Herrn Bellocq, und des Preußischen Gesandten, Grafen von Seckendorff, der nach Ostende abgereist ist, dem Prinzen von Preußen entgegeneilend, welcher gestern in Brüssel erwartet wurde. Auch alle Belgische Minister, der Schloß-Marschall Graf von Marnix, der Minister des Königlichen Hauses, Herr van Praedt, und der Graf d'Hane de Steenhuyse waren anwesend. Nach dem Diner fand großer Empfang statt."

Das Journal de Liége meldet die Ankunft Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen in Brüssel. Der Prinz traf daselbst, diesem Blatt zufolge, am 29. Mai mit einem Extra-Zuge von Ostende ein. Zwei Hof-Equipagen warteten seiner auf der Nord-Station. Einer der Adjutanten des Königs der Belgier, General Cruyfembourg, begleitete den Prinzen nach der Preußischen Gesandtschaft, wo für die Zeit des Aufenthalts Sr. Königl. Hoheit eine Ehrenwache postirt ist. Um 1 Uhr machte König Leopold dem Prinzen einen Besuch, und Se. Königl. Hoheit war dann bei Hofe zum Diner.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 24. Mai. Der Großfürst Konstantin ist hier eingetroffen und wohnte gestern, als am Desiderien-Tage, Namenstage der verwittweten Königin, einem Déjeuner dinatoire bei derselben bei. Er ist am Bord einer Fregatte angelangt, in deren Begleitung sich zwei Dampfschiffe befanden.

Italien.

Verona, den 23. Mai. Gestern fand die Vereinigung der 18,000 Mann des FML. Thurn (Nugents Corps) und Radetzky bei S. Bonifacio statt. Gegen Peschiera zu hört man Tag und Nacht Kanonenfeuer. FML. Graf Thurn war zu Verona. Gestern Abend schickte man zwei Batterien gegen Vicenza. Wir sind am Vorabend großer Ereignisse. Bei Chievo wird von unsern Pionieren eine Brücke geschlagen. Das zweite Bataillon Kaiser-Jäger liegt in Verona bei Porta Peschiera unter Zelten; Erzherzog Franz Carl Infanterie in Croce bianca und S. Massimo. — Nur ein Wunsch lebt hier vom Marschall bis zum Gemeinen und dieser ist Truppen. Obwohl die Vereinigung bereits erfolgt ist, so bedarf man doch zum kräftigen Vorrücken noch weitere Verstärkung. Der Geist ist hier der Beste. — Vor allem will man Peschiera entsetzen.

Posen. — Im verflossenen Monat Mai c. sind im Ganzen hier 951 Fremde angekommen.

Bekanntmachung.

Nach einer Bestimmung des Königlichen General-Post-Amts sollen die stenographischen Berichte von den Verhandlungen des Volks-Parlaments in Frankfurt a. M. und der National-Versammlung in Berlin, welche die Herausgeber der hiesigen drei politischen Zeitungen (Breslauer Zeitung, Schlesische Zeitung und Ober-Zeitung) in einem separaten Abdrucke für 10 Sgr. pro 30 Bogen herauszugeben und zu versenden beabsichtigen, **ohne besonderen Provisions-Zuschlag** von den Königlichen Post-Anstalten debitirt werden.

Breslau, den 22. Mai 1848.

Ober-Post-Amt.

Da die Auflage der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin und Frankfurt a. M. **jetzt** festgesetzt werden muß, ersuchen wir Diejenigen, welche die stenographischen Berichte zu besitzen wünschen, ihre Bestellung **sofort** bei der betreffenden Kommandite oder bei der nächsten Post-Anstalt zu veranlassen.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Bekanntmachung.

Bei dem neulich stattgehabten Feuer haben mehrere zur Spritzen-Bedienung commandirte Personen gefehlt, weil sie angeblich bei Vereinen der Bürgerwehr resp. des Freicorps betheiligt sind.

Sämmtliche zum Feuerlöschdienst verpflichtete Personen werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Entschuldigung künftig nicht berücksichtigt werden kann, sondern ihr Ausbleiben nach §. 90. der Feuer-Lösch-Ordnung vom 3. März 1840. bestraft werden wird.

Posen, den 2. Juni 1848.

Königliches Polizei-Direktorium.

Anhang.

Mit Bezug auf vorstehende Bekanntmachung des Königl. Polizei-Directoriums vom heutigen Tage mache ich die hiesige Bürgerwehr wiederholt auf die meiner Seits bereits ertheilte Anweisung aufmerksam: daß bei entstehendem Feuerlärm die bei den Löschmannschaften resp. dem Rettungs-Verein verpflichteten Wehrleute nicht auf den Abtheilungs-Allarm-Plätzen unter das Gewehr zu treten haben.

Posen, den 2. Juni 1848.

Der Commandeur der Bürgerwehr, Herzberg.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Bromberg.

Das im Bromberger Kreise an der Berliner Chaussée belegene, zur Herrschaft Slesin gehörige Erbpachts-Vorwerk Minikowo, abgeschätzt auf 17,551 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 8ten Juli 1848 Vormittags um 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Aufforderung.

Die gewisse Aussicht auf die baldige Errichtung einer Realschule in Posen, hat bei mehreren Familien den Wunsch rege gemacht, ihre Kinder sofort durch einen besondern Unterricht, namentlich in neuern Sprachen und Realien, für dieselbe würdig vorbereiten zu lassen. Alle resp. Eltern, die ein gleiches Bedürfniß fühlen, mögen sich mit uns vereinigen! Das Nähere in der Expedition dieser Zeitung.

Die General-Versammlung des Handwerker-Vereins findet Sonntag den 4ten d. Mts. Nachmittags halb 2 Uhr im Lokale des Herrn Krätschmann in der Wronkerstraße Statt, wozu selbstständige Mitglieder des Gewerbestandes recht zahlreich zu erscheinen eingeladen werden.

Im Auftrage des Gewerbe-Ausschusses:
der Ordner: Waller.

Abfertigung.

Dem Oberst Helldorf diene zur Antwort, daß hier bei uns in Polen unter Pflege nicht allein das Essen verstanden wird, eben so wenig habe ich unter Pflege die Theilung der Gefangenschaft mit meinem Verlobten Krotowski verstanden.

Daß die in meiner Erklärung (No. 126. d. Pos. Ztg.) enthaltenen Aussagen wahr sind, wird die gerichtliche Untersuchung am besten beweisen. Die Ausfälle des ꝛc. Helldorf aber in No. 127. d. Ztg. finde ich keiner Erwiderung würdig.

v. Przepalkowska.

An die Hausbesitzer in Posen.

Von einer großen Anzahl von Hausbesitzern ist in der Versammlung am 1sten d. die Eingabe an das hohe Staats-Ministerium Behufs Ausscheidens der Stadt Posen aus der Provinzial-Brandversicherungs-Societät bereits unterschrieben, und zugleich beschlossen worden, sofort eine Deputation in dieser Angelegenheit nach Berlin zu entsenden. Zur Bestreitung der diesfälligen, so wie anderer unvermeidlicher Kosten hat jeder Hausbesitzer einen Beitrag von 10 Sgr. gegeben. Dieser Beitrag ist jedoch ein freiwilliger, und diejenigen Hausbesitzer, welche ihn nicht leisten können oder wollen, werden nichtsdestoweniger dringend aufgefordert, die Eingabe, welche vom 3ten bis 6ten d. im Laden des Kaufmanns Herrn Träger am Markt ausliegt, mit ihrer Namensunterschrift zu versehen, da ein günstiger Erfolg durch die Menge der Unterschriften bedingt wird.

Die Commission.